

neuen europapolitischen Herausforderungen befassen.

Ich finde das etwas unfair, weil die Möglichkeiten eines Landes, europapolitisch zu handeln – das wissen Sie –, sehr beschränkt sind. Die Europapolitik ist ebenso wie die Eine-Welt-Politik Sache der Bundesregierung. Aber natürlich haben wir ein hohes Interesse daran, unsere Landessicht in den Fragen, die uns elementar berühren, auch auf der europäischen Ebene geltend zu machen.

Das, so denke ich, tun wir in sehr wirkungsvoller Weise durch Veranstaltungen, aber auch durch direkte Gespräche, die wir in Brüssel, in unserer Landesvertretung führen. Das haben wir getan im Bereich der Energiepolitik, wie Sie wissen, das tun wir im Bereich der Medienpolitik und in vielen anderen Feldern, die uns unmittelbar berühren. Und diese Schwerpunktsetzung ist, glaube ich, auch für die Zukunft vernünftig. Da ist nichts „biedermännisch“ dran oder schlichte Hausmannskost, sondern das ist eine sehr gezielte und sehr bewusste Wahrnehmung unserer Aufgaben auf der Landesebene.

Herr Ellerbrock, wenn Sie ein allgemeines europapolitisches Bekenntnis hier ablegen, dann ist Ihnen nur zuzustimmen. Ich sehe das auch so. Europa ist heute wichtiger denn je. Aber worauf kommt es jetzt an? Wir müssen doch den Wert Europas, den Wert freier Grenzen, den Wert eines freien Binnenmarktes, den Wert der Freizügigkeit an die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und insbesondere auch an die Jugend in unserem Land vermitteln. Das tun wir zum Beispiel mit den Akzenten, die wir im Bereich Europaschulen setzen. Das tun wir durch die „europaaktiven Gemeinden“, die wir auszeichnen. Das sind genau die Dinge, die jetzt erforderlich sind.

Wenn es um die Bekämpfung von Fluchtursachen geht, wenn es um ein europäisches System der Verteilung von Flüchtlingen geht, dann können wir auf der Bundesebene unsere Auffassung dazu einbringen, aber wir haben keine eigenen Handlungsmöglichkeiten.

Das Gleiche gilt auch für die Eine-Welt-Politik. Frau von Boeselager, ich glaube, wir werden mit Ghana einen neuen Anlauf nehmen können. Die Zeichen, die wir auch über die Botschaft in Berlin bekommen, sind sehr positiv. Für Mpumalanga kann ich das leider in der gleichen Weise nicht bestätigen.

Aber natürlich sind wir daran interessiert, unsere Partnerschaften im internationalen Bereich und insbesondere auch die Zusammenarbeit im Beneluxbereich weiter fortzuführen und zu verstärken und auch in anderen Bereichen, die Sie erwähnt haben.

Aber auch hier gilt: Wir sind als Land überfordert, wenn wir eigene Entwicklungsprojekte oder eigene entwicklungspolitische Zusammenarbeit machen wollten. Wir beschränken uns daher zu Recht auf Fragen der Bildungsarbeit und der Förderung von entwicklungspolitischen Initiativen, die wir im Lande

haben. Das, meine ich, ist ein richtiger und guter Ansatz.

Erlauben Sie mir auch noch eine allgemeine Anmerkung. Wenn hier immer implizit oder explizit gefordert wird, an dieser oder jener Stelle müssten doch zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden, dann passt das nicht so ganz mit Ihrer allgemeinen Argumentationslinie zusammen, dass das Land seine Ausgaben doch reduzieren solle und mehr Ausgabendisziplin wahren müsse. Wir tun das. Aber fordern Sie dann bitte nicht immer in allen einzelnen Politikbereichen mehr Ausgaben. Das passt nicht so ganz zusammen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Lersch-Mense. – Die Landesregierung hat ihre Redezeit ein wenig überzogen. Wird noch einmal das Wort gewünscht? – Augenscheinlich ist das nicht der Fall. Dann schließen wir die Beratung zum Einzelplan 02.

Abgestimmt wird ja jetzt nicht – wie zwischen den Fraktionen vereinbart –, sondern erst nach 14 Uhr. Also wird der Punkt zur Abstimmung wieder aufgerufen.

Nun rufe ich auf:

Einzelplan 05 Ministerium für Schule und Weiterbildung

Ich darf hinweisen auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10505**.

Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Vogt das Wort.

Petra Vogt (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte am heutigen Tage genauso wie im Schulausschuss vonseiten der CDU-Fraktion erst einmal anerkennen, dass dieser Schulhaushalt unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen aufgestellt werden musste. Von daher von unserer Seite heute an Sie, Frau Ministerin, und an Ihre Mitarbeiter noch einmal herzlichen Dank dafür!

Wir anerkennen auch ganz ausdrücklich, dass sich in diesem Haushalt Gelder befinden, um Lehrerinnen und Lehrer neu einzustellen für die wichtige Aufgabe der Beschulung unserer Flüchtlingskinder. Das – das wollen wir am heutigen Tage ganz nachdrücklich sagen – ist wichtig, denn Bildung ist der Schlüssel zur Integration. Dass die Landesregierung das entsprechend in den Haushalt eingestellt hat, ist der richtige Weg.

(Beifall von Eva Voigt-Küppers [SPD])

Leider, liebe Kolleginnen und Kollegen, enden an dieser Stelle aber die Gemeinsamkeiten. Auch wenn Sie sich in einer schwierigen Situation der Verantwortung gestellt haben, heißt das nicht, dass sich die grundsätzlichen Fragestellungen rund um den Haushalt, die wir in den vergangenen Jahren bemängelt haben, in diesem Haushalt geändert hätten. Mitnichten!

Der Gesamthaushalt für den Bereich Schule umfasst fast 17,3 Milliarden €. Das ist mit Abstand der größte Einzeletat. Es sind ungefähr 25 % unseres Gesamthaushaltes. Frau Ministerin hat im Schulausschuss dazu gesagt, dass diese hohe Zahl ein Beleg dafür ist, dass diese Landesregierung eine deutliche Priorität im Bereich von Schule und Weiterbildung setzt.

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Das würde ich auch so sagen!)

Ja, kann man sagen, wenn man sich diese Zahl anschaut. Viele andere Bundesländer sind ganz erstaunt, wenn sie sie hören, weil das ihr Gesamtetat ist. Dann müsste man eigentlich davon ausgehen, dass es in diesem Land tatsächlich eine sehr hohe Priorität für Bildung gibt.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: So ist das! Das haben wir! – Beifall von Eva Voigt-Küppers [SPD] und von Stefan Zimkeit [SPD])

Wir haben auf der einen Seite diese hohe Zahl und auf der anderen Seite schauen wir aber mal in die schulische Realität. Da hören wir dann Klagen über Unterrichtsausfall. Da hören wir Klagen über eine mangelhaft ausgeführte Inklusion. Da hören wir solche Klagen: Auch wenn es Lehrer für Flüchtlingskinder gibt, gibt es kein Konzept. Wie sind die überhaupt zu beschulen?

Dann überlegen wir uns: Wie passt das Ganze eigentlich zusammen?

(Beifall von der CDU)

Ein Experte hat vor einigen Monaten in einer Anhörung des Schulausschusses in einem anderen Zusammenhang – es ging um die MINT-Förderung in Nordrhein-Westfalen – gesagt: Ja, er müsse anerkennen, es gebe tatsächlich Bemühungen der Landesregierung, MINT zu stärken. Aber es gebe eine katastrophale Situation im Bereich der MINT-Lehrer, und er müsse offensichtlich feststellen, dass Input und Output in Nordrhein-Westfalen nicht in einer angemessenen Relation zueinander stünden.

(Beifall von der CDU)

Das, Frau Ministerin, sagen wir Ihnen am heutigen Tag zu diesem Schulhaushalt. Auf der einen Seite investieren sie wirklich viel, auf der anderen Seite gibt es aber riesengroße Probleme und Baustellen. Das kann einfach nur daran liegen, dass Sie Ihre Ressourcen falsch einsetzen.

Vielleicht könnten Sie damit beginnen, einfach mal zu überlegen, wie Sie Ihre Ressourcen überhaupt einsetzen. Wir haben ja lange mit Ihnen über den Unterrichtsausfall gestritten. Das wollen Sie ja gar nicht so genau wissen. Sie interessieren sich nicht so sehr dafür: Wo sind meine Lehrer gerade eingesetzt? Sind sie da? Sind sie nicht da? Das sind alles Punkte, die man wissen muss, wenn man einen so großen Haushalt wie den Schulhaushalt tatsächlich vernünftig steuern möchte. Sie sind an diesen Steuerungsinstrumenten nicht interessiert. Deswegen haben Sie einen Haushalt mit einem hohen Input und einem für die Kinder und Jugendlichen in unserem Land viel zu geringen Output.

(Beifall von der CDU)

Zum Thema „Inklusion“ haben wir Ihnen in diesem Hause auch schon sehr Vieles gesagt. Sie setzen das ohne Qualitätsstandards – auch das schreiben Sie in diesem Haushalt fort – und ohne das dafür erforderliche Fachpersonal um. In allen Schulen, in denen ich in den letzten Monaten war, habe ich das gehört, und alle Briefe, die ich bekomme, belegen das: So funktioniert Inklusion in Nordrhein-Westfalen nicht.

Wissen Sie, was die Besuchergruppe, die ich gestern gemeinsam mit dem Kollegen Kern hatte, mit größter Sorge formuliert hat? – Sie hat gesagt: Wie können wir in dieser schwierigen Inklusionssituation, in der alles im Umbruch ist und die Ressourcen fehlen, die Flüchtlingskinder verantwortungsvoll unterrichten?

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Rechtspopulistischer Mist ist das!)

– Nein, ich sage das, was uns die Besuchergruppe gestern als Frage mitgegeben hat.

Überlegen Sie, ob das qualitativ möglich ist. Sie haben eine riesige Baustelle Inklusion, und Sie möchten diese Flüchtlingskinder gut und angemessen unterrichten. Das kann mit diesem Haushalt definitiv nicht funktionieren. Sie müssen umsteuern. Sie brauchen ein Konzept zur Inklusion, und Sie brauchen ein vernünftiges Konzept zur Flüchtlingskinderbeschulung, sonst funktioniert das ganze System nicht mehr.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich denke, da ist mehr als zweifelhaft, wenn wir in Nordrhein-Westfalen noch nicht einmal mehr in der Lage sind, den Unterricht zu erteilen, der eigentlich gesetzlich vorgeschrieben ist, wie der Landesrechnungshof uns mitgeteilt hat. Wir haben strukturellen Unterrichtsausfall in Nordrhein-Westfalen, der nicht erfasst wird, weil er erst gar nicht im Stundenplan auftaucht. Dann wollen Sie uns heute erklären, mit 4.700 zusätzlichen Lehrern den strukturellen Unterrichtsausfall in den Griff zu bekommen, den normalen Unterrichtsausfall zu bewältigen und es auch

noch zu schaffen, die Vielzahl an Flüchtlingskindern ordentlich zu beschulen.

Das glauben wir Ihnen am heutigen Tag nicht. Frau Ministerin Löhrmann, wir glauben, dass Sie ein Riesenproblem der Organisation haben. Sie haben all unsere Anträge zu Schulverwaltungsassistenten, zu weniger Bürokratie, die wir Ihnen auf den Tisch gelegt haben, abgelehnt. Sie wollen in diesem System nicht umsteuern. Das wird nicht funktionieren. Deswegen lehnen wir am heutigen Tag diesen Haushalt ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Vogt. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Hendricks das Wort.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal, Frau Vogt, würdige ich, dass Sie anerkennen, dass die Leistungen, die wir mit diesem Haushalt vorlegen, wirklich absolut riesig sind. Wir stocken nämlich den Haushalt gegenüber dem Haushalt 2015 insgesamt um 1 Milliarde € auf. Das ist nun wirklich kein Pappenstiel, sondern das macht deutlich, welche Anstrengungen diese Landesregierung unternimmt, um wirklich Bildung weiterhin die höchste Priorität einzuräumen.

Ich möchte daran erinnern, dass wir zurzeit jeden dritten Euro in Bildung einsetzen und 25,5 % des Landeshaushaltes in den Einzelplan 05 geben. Das macht deutlich, es ist eben nicht so, dass wir in diesem Einzelplan nicht in ausreichender Zahl Lehrerstellen haben, sondern wir hinterlegen darin ausreichend Lehrerstellen.

(Beifall von der SPD)

Was Sie uns eben gesagt haben, ist das, was Sie uns seit vier Jahren immer wieder erzählen: null Inspiration, null neue Erkenntnisse, ob es sich dabei um den strukturellen Unterrichtsausfall handelt oder um die Frage der Schulassistenten oder darum, dass die falschen Steuerungselemente eingesetzt sind. All dies hören wir von Ihnen immer wieder im Schulausschuss. Aber Sie nehmen nicht wahr, was tatsächlich auf den Weg gebracht wird.

Natürlich gibt es ein Konzept zur Inklusion. Das haben wir in diesem Landtag immer wieder diskutiert. Natürlich gibt es übrigens auch Konzepte für die Unterrichtung von Flüchtlingskindern, die über das La-KI angeboten werden, über die kommunalen Zentren angeboten werden. Auf der Homepage des MSW finden sich ganz viele Hinweise dazu, wie man pädagogisch mit Flüchtlingskindern arbeiten kann. Haben Sie sich das schon einmal angesehen, haben Sie einmal geschaut, was tatsächlich im

Land vorhanden ist, wenn Sie hier solche Vorwürfe erheben? Ich kann das nicht verstehen.

Tatsächlich ist es so, dass wir mit dem Haushalt 2016 und mit den Ergänzungsvorlagen aufgrund der Haushaltssituation – Sie wissen, dass wir mit drei Nachträgen im Jahre 2015 gearbeitet haben – 5.766 zusätzliche Stellen schaffen. Damit reagieren wir auf die zusätzlichen 40.000 Schülerinnen und Schüler.

Alein mit der Ergänzung 2016 kommen noch einmal 2.113 Stellen dazu. Es kommen aber eben auch 388 Stellen ins System, die das System insgesamt unterstützen, nämlich mit multiprofessionellen Teams – 113 Stellen –, Schulpsychologen – die Sie übrigens gefordert haben –, die wir auch brauchen, 40 Stellen für die Schulaufsicht. Das begrüßt übrigens die Schulaufsicht ausgesprochen, weil es Stellen für die untere und für die obere Schulaufsicht sind. Außerdem werden auch noch einmal Mittel für Lehrerstellen im Bereich der Deutschförderung eingesetzt. Schließlich gibt es 211 Stellen für die OGS, weil wir nämlich die Zahl der Plätze deutlich erhöhen, um den Flüchtlingskindern und unseren eigenen Kindern – der Bedarf an OGS-Stellen ist weiterhin vorhanden – ein entsprechendes Angebot am Nachmittag machen zu können.

Ich möchte daran erinnern, dass alle Flüchtlingskinder mit dem doppelten Fördersatz in der OGS belegt werden und dass es eben auch möglich ist – das hat mir der Staatssekretär gerade noch einmal bestätigt –, dass Kinder unterjährig in die OGS aufgenommen werden, damit die Integration in der Schule auch tatsächlich gelingen kann.

Wir haben im letzten Jahr beschlossen, dass die OGS insgesamt mit einer Dynamisierung des Budgets von 1,5 % hinterlegt wird. Wir wissen, dass es nicht nur um mehr Geld geht, sondern dass auch der Fachdiskurs um die Qualität in der OGS geführt werden muss. Es ist auch eine deutliche Verzahnung von Schule und OGS erforderlich, um wirklich Qualität zu hinterlegen.

Ich bitte, in die Kommunen hinein den Wunsch auszusprechen, dass die Antwort auf die Frage, ob OGS als Bildungseinrichtungen vor Ort gesehen werden oder nicht, davon abhängt, ob die Kommune dahintersteht, dass die OGS eine Bildungseinrichtung ist, damit wir das, was wir erreichen wollen, über die OGS, eine gute Bildung, auch tatsächlich umsetzen können.

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushalt reagieren wir auf die Flüchtlingszahlen. Wir reagieren aber auch auf die sonstigen Herausforderungen, die sich in diesem Land stellen. Ich will ein paar benennen.

Zunächst möchte ich mich aber – ich denke, das ist durchaus angebracht – bei den Lehrerinnen und Lehrern bedanken, die zurzeit die größte Last vor Ort haben, die Flüchtlingskinder, die ankommen, zu

unterstützen. Ich meine, für uns alle ist angesagt, uns bei diesen Lehrerinnen und Lehrern zu bedanken, die eine hervorragende Arbeit vor Ort leisten.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Ich erinnere auch daran, dass die Verabredungen aus dem Schulkonsens, die wir gemeinsam mit der CDU getroffen haben und die sich darauf stützen, dass wir die Demografieeffekte im System lassen, weiterhin Bestand haben. Dazu gehört die Umsetzung eines inklusiven Schulsystems, wie wir das vereinbart haben. Dazu gehört der Beginn der Umsetzung der Inklusion in den Berufskollegs, wofür wir 200 Stellen für multiprofessionelle Teams im Haushalt 2015 haben. Im nächsten Jahr kommen nochmals 110 zusätzliche Stellen hinein.

Dazu gehört der Ausbau des Ganztags – dazu habe ich gerade etwas gesagt –, aber auch der Ausbau des Ganztags in der Sekundarstufe I, und es gehört dazu, dass wir die Rahmenbedingungen insgesamt verbessert haben.

Ich erinnere an die Entlastungsstunden für Schulleiter. Ich erinnere daran, dass wir kleine Grundschulstandorte gesichert haben. Ich erinnere daran, dass wir allein 1.700 Stellen im Grundschulbereich gelassen haben. Ich erinnere auch daran, dass wir zurzeit, nachdem wir die Absenkung der Klassenfrequenzen in der Grundschule vollzogen haben, die Absenkung der Klassenfrequenzen in den weiterführenden Schulen vollziehen. Jährlich setzen wir dafür allein in diesem Jahr 255 Lehrerstellen ein, um die Klassenfrequenzen fortlaufend abzusenken.

Meine Damen und Herren, wir haben aber auch Herausforderungen zu stemmen, die in die Zukunft gerichtet sind. Dazu gehört auch das digitale Lernen.

(Monika Pieper [PIRATEN]: Sie hat es gesagt!)

– Wer hat es gesagt?

(Zuruf von Monika Pieper [PIRATEN])

– Aha, das digitale Lernen.

Digitale Medien bestimmen das Leben der jungen Generation immer stärker, und diese Entwicklung hat auch Auswirkungen auf Schule. Darüber sind wir uns im Klaren. Digitale Medien sind Lerngegenstände, Lernmittel und Organisationshilfe.

Aber ich erinnere auch daran, dass wir bei der Frage, wie wir jetzt beim Thema „digitale Medien“ vorgehen, einfach im Auge haben müssen, dass es in den vergangenen Jahren viele Schulträger gegeben hat, die in den Support investiert haben, wissen, dass sie in die Vergangenheit investiert haben und ihre Investitionen nicht zukunftssträchtig sind. Das heißt, es gibt nach wie vor eine große Unsicherheit bei den Schulträgern, wie sie eigentlich vorgehen sollen. Es gibt nach wie vor eine große Unsicherheit,

wie Schulen auszustatten sind, und es gibt sehr viele Fragestellungen, die bisher nicht ausreichend beantwortet sind.

Deswegen freue ich mich ganz besonders, dass das Land gerade dabei ist, mit LOGINEO eine Bildungsplattform zu erarbeiten, die ab 2016 allen Schulen zugänglich sein soll und damit eine Bildungsplattform im Land existiert, auf die alle Schulen zugreifen können, um auf diese Art und Weise Lernmaterialien, aber auch eine Vernetzung sicherzustellen.

Ja, liebe Frau Pieper, auch wir möchten nicht, dass Schüler und Schülerinnen als digitale Analphabeten aus der Schule entlassen werden. Wir sind uns einig, hier etwas tun zu müssen.

(Beifall von Monika Pieper [PIRATEN])

Aber Sie finden auch im Einzelplan 05 bereits eine Aufstockung der Personalmittel und eine Aufstockung der Sachmittel. Wir fangen an, die Lehrerbildungszentren auszustatten, und wir werden 30 zusätzliche Stellen für Medienberater vorsehen, die dann die Beratung vor Ort vornehmen sollen, um dort Konzepte zu entwickeln.

Zu den Berufskollegs habe ich schon etwas gesagt. Aber ich möchte noch das Thema „Islamunterricht“ aufgreifen, was mir besonders wichtig ist. Viele der Schüler und Schülerinnen, die uns zurzeit in Nordrhein-Westfalen erreichen, sind islamischen Glaubens. Wir werden mehr islamischen Unterricht anbieten müssen, als wir uns das vor ein paar Jahren vorgestellt haben. In der Zwischenzeit gibt es islamischen Unterricht an 176 Schulen. Wir haben 132 Studierende, die zurzeit in der Ausbildung sind und 2017 in den Vorbereitungsdienst gehen würden. Auch in diesem Haushalt haben wir wieder 50 zusätzliche Stellen für den islamischen Unterricht vorgesehen.

Ich bin aber der Auffassung, dass wir angesichts der Herausforderungen, die uns gerade in diesem Bereich bevorstehen, die Ausbildungskapazitäten werden erhöhen müssen. Ich bin auch der Meinung, der Bund wird uns hier unterstützen müssen. Denn mit einer Universität in Nordrhein-Westfalen werden wir das nicht gestemmt bekommen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch in der Weiterbildung stehen wir vor riesigen Herausforderungen. Viele der jungen Menschen, die zurzeit in Nordrhein-Westfalen ankommen, sind zwischen 18 und 25 Jahren. Diese jungen Menschen benötigen mehr als nur Sprachangebote. Sie brauchen Halt und Orientierung. Hier müsste es auch eine unterstützende Umgebung geben. Zurzeit ist immer noch nicht ausreichend geklärt, welche Maßnahmen vom Bund in welchem Umfang zu welchen Konditionen da sind.

NRW hat seine eigenen Ansätze in der Sprachförderung in der Grundbildung erhöht und insgesamt eine Erhöhung um 2,5 Millionen vorgenommen plus 100.000 für das Berichtswesen. Wenn ich auf die Ergebnisse der Jahrestagung der Volkshochschulen schaue, die in dieser Woche in Münster stattgefunden hat, ist es dringend erforderlich, dass eine andere und bessere Koordinierung zwischen den Ländern und dem Bund stattfindet, um zu einem effektiven Einsatz der Mittel zu kommen.

Frau Löhrmann, Sie haben deutlich gesagt, dass Sie mit dem Workshop genau da hineingrätchen und schauen wollen, wie wir die Mittel effektiver einsetzen können, um auf diese Art und Weise sicherzustellen, dass am Ende für die jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen tatsächlich eine Perspektive entsteht.

Ich komme zum Schluss. Wir leben international in krisenhaften Zeiten. Die Entwicklungen, auf die wir keinen Einfluss haben, werden uns Flexibilität, Kreativität, aber auch Geld abverlangen. Damit werden wahrscheinlich in den nächsten Monaten auch haushaltsrelevante Entscheidungen verbunden sein, deren Größenordnung wir heute noch nicht kennen. Ich würde mich aber freuen, wenn wir das hier im Landtag wie bei den Nachtragshaushalten in großem Einvernehmen mit der Opposition durchführen könnten. – Ich bedanke mich fürs Zuhören.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Hendricks. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Gebauer das Wort.

Yvonne Gebauer (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mir bei einer meiner letzten Haushaltsreden einen grünen Schal angezogen. Herr Römer, jetzt habe ich mir sozusagen Ihre rote Brille zugelegt. Aber es nutzt nichts. Auch diesem Haushalt werden wir trotz der Accessoires nicht zustimmen können. Es bleibt ein Haushalt mit einer Schwerpunktsetzung, der wir nicht folgen können.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Frau Vogt hat ihre Ausführungen mit positiven Worten begonnen. Das möchte auch ich gerne tun. Es wird nicht die ultimative Lobhudelei. Aber ich werde dem Ministerium doch einige positive Aspekte zugutehalten.

Wir erkennen an, die momentane Situation ist in Bezug auf die Flüchtlinge sehr schwierig einzuschätzen, sodass die Aufstellung des Haushalts für die Landesregierung eine schulpolitische Herausforderung darstellt.

Wir begrüßen es ausdrücklich, wie die Landesregierung auf die Flüchtlingskrise reagiert hat: mit der Bereitstellung Tausender zusätzlicher Stellen – 113 Stellen für multiprofessionelle Teams und 20 Stellen für Schulpsychologen.

Auch die Ausweitung – Frau Hendricks hat es schon angesprochen – der OGS, der offenen Ganztagsplätze an den Grundschulen ist ebenfalls zwingend notwendig. Auch da stimmen wir mit der Landesregierung überein. Doch die Ausweitung wird den Bedarf in den einzelnen Orten bei Weitem noch nicht decken. Da ist immer noch Luft nach oben. Gleichwohl werden hier in nicht geringer Zahl Plätze geschaffen.

Auch positiv ist zu bewerten, dass nach entsprechenden Erhöhungen nunmehr 2,5 Millionen € für die Alphabetisierung und die Grundbildung zur Verfügung stehen.

Aber jetzt muss ich den Cut machen, wie es auch Frau Vogt getan hat, denn wir sind mit dem Loben an der Stelle fertig. Denn wir sehen auch – das ist nicht nur am heutigen Tage, sondern auch an den Tagen zuvor immer wieder gesagt worden –, dass in diesem Haushalt auch mit Buchungstricks gearbeitet wird und

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Wo denn?)

dass Einsparbemühungen leider nicht zu erkennen sind. Mit Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit hat diese Politik in Nordrhein-Westfalen nichts zu tun, im Gegenteil: Den jungen Menschen werden Mühlsteine um ihre Hälse gelegt.

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Ach!)

Das können wir so nicht unterstützen.

(Beifall von der FDP)

Ich werde mich heute in meiner Rede auf drei Schwerpunktthemen beschränken: die Flüchtlinge, der Umgang der Landesregierung mit den verschiedenen Schulformen in Nordrhein-Westfalen und zu guter Letzt klassisch die Inklusion.

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Sie sagen selbst schon „klassisch“!)

– Sie haben sich das ja fast gedacht. Daher freue ich mich, wenn ich Ihren Erwartungen gerecht werde.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Ich beginne mit der großen Aufgabe, die wir alle zu meistern haben, nämlich mit der Aus- und Weiterbildung der Flüchtlingskinder und -jugendlichen. Auch wenn zusätzliche Stellen zweifellos dringend notwendig sind, stellt sich die Frage, in welcher Form diese Stellen mit kw-Vermerken – „kann wegfallen“ – versehen sind. Denn wir reden auch von einer Ausfinanzierung – Herr Kaiser hat das in der letzten Schulausschusssitzung angesprochen – von Grundbedarfen.

Wenn man sich den Zeitpunkt dieser kw-Vermerke ansieht, drängt sich doch ein Stück weit der Verdacht auf, dass als Leitgedanke nicht wirklich die Bedürfnisse der einzelnen Kinder und Jugendlichen im Vordergrund stehen, sondern diese kw-Stellen eher entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung und der Kommunikation im anstehenden Wahlkampf für 2017 die Leitplanken darstellen. Das sage ich nur als kleines Beiwerk zum Haushalt.

Wir haben in unserem Antrag in einer der letzten Sitzungen auf die abschlussbezogenen Lehrgänge Bezug genommen und angemerkt, dass dabei zeitnaher Handlungsbedarf besteht. Diesen Antrag haben Sie regelrecht vom Tisch gewischt.

Aber in der Weiterbildungskonferenz waren die Weiterbildungsträger mit ihrer Kritik offensichtlich näher bei uns, der Opposition, als bei Rot-Grün. So erfreulich die zusätzlichen Mittel gegen Analphabetismus und für die Grundbildung auch sind – die Weiterbildungsträger haben in dem fraktionsübergreifenden Gespräch unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass oftmals diese Kurse an Volkshochschulen gar nicht stattfinden und stattfinden können.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Die Bundeskurse!)

– Die Bundeskurse. Wir werden darüber noch sprechen, Frau Ministerin Löhrmann.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Die Bundeskurse, nicht die Landeskurse! Das ist ein großer Unterschied! – Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist auseinanderzuhalten!)

– Das hat auch damit etwas zu tun, Frau Ministerin Löhrmann, dass natürlich jetzt viele Lehrerinnen und Lehrer bzw. Pädagogen von den Volkshochschulen an die Schulen gehen, weil sie dort schlicht und ergreifend besser bezahlt werden. Das haben uns die Kommunen entsprechend zurückgespiegelt. Das hat damit auch zu tun.

(Beifall von der FDP – Eva Voigt-Küppers [SPD]: Was hat das mit Fehlstunden zu tun? – Inge Howe [SPD]: Das hat keinen Einfluss darauf! – Eva Voigt-Küppers [SPD]: Nein!)

Das zweite große Thema, das ich ansprechen möchte, ist der Umgang der Landesregierung mit den verschiedenen Schulformen. Das zieht sich wie ein roter Faden durch die vergangenen Jahren: Sie mit Ihrer rot-grünen Bevorteilungspolitik

(Zuruf von den GRÜNEN: Ui, ui, ui!)

kommen wenigen Schülerinnen zuvor, jedoch geht diese Politik zulasten einer großen Mehrheit von Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen.

Ich möchte das beispielhaft an Schulen längeren gemeinsamen Lernens, insbesondere an Sekundarschulen darstellen. Frau Hendricks, Sie haben – ich glaube, das war in der letzten Sitzung – zum

ersten Mal erklärt – zumindest habe ich das zum ersten Mal wahrgenommen –, wir hätten die Schulen des längeren gemeinsamen Lernens mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet. Das kann man tun, aber dann muss man dazu auch stehen. In der Vergangenheit haben Sie dies des Öfteren nicht getan. Wenn Sie es allerdings getan haben, haben Sie es immer damit begründet, es gebe eine sehr heterogene Zusammensetzung der Schülerschaft.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: So ist es!)

– Ich bin froh, Frau Beer, dass Sie das so sagen. Denn wir haben auch eine immer stärker heterogene Schülerschaft an den Gymnasien – bei 40 % Übergangsquote von den Grundschulen an Gymnasien. In Ihrer Heimatstadt Bonn, Frau Hendricks, sind das 60 %. Das sind nicht alles Kinder und Jugendliche – das muss man auch einmal sagen – mit einer Gymnasialempfehlung. Da setzt sich die Schülerschaft auch immer stärker heterogen zusammen. Da wünschte ich mir genauso, dass Sie diese Kinder und Jugendlichen in den Blick nehmen und dort auch Stellen zur Verfügung stellen, damit sie dort entsprechend unterrichtet werden können.

(Beifall von der FDP und Michael-Ezzo Solf [CDU])

Die FDP war die einzige Fraktion, die sich auf den Weg gemacht und gesagt hat: Lassen Sie uns doch die 2.000 Stellen, die wir nach dem Wegfall des doppelten Abiturjahrgangs haben, im System belassen, damit wir dann auf diese Schülerschaft eingehen und auch hier Schwerpunkte setzen können. Aber das haben Sie nicht getan. Sie haben weiterhin Ihre Lieblingskinder im Blick, und das kritisieren wir.

Ich möchte Ihnen auch noch andere Beispiele nennen, zu denen ich Ihnen ganz klar sagen: Sie arbeiten hier mit Bevorzugungen. Das kann man alles machen, aber dann muss man in der Öffentlichkeit auch dazu stehen, und man muss es sich auch gefallen lassen, dass wir als Opposition das entsprechend kritisieren.

Wir haben zehn Gemeinschaftsschulen, für die im Vergleich zu den Realschulen 109 Stellen on top gestellt. Wir haben fünf Primusschulen in Nordrhein-Westfalen, für die es 47 Stellen on top sind. Meine Damen und Herren, das müssen Sie sich wirklich mit Blick auf die Stellen, die Sie für Flüchtlinge ins System geben – ja, d'accord –, auch gefallen lassen, weil wir über 150 Stellen für Ihre Lieblingskinder und Ihre Schulversuche ins System geben, die anderen Kindern fehlen.

(Beifall von der FDP)

Zu den Realschulen und Hauptschulen habe ich schon oft etwas gesagt. Ich werde mich hierzu kurzfassen. Sie fristen in unserem Land leider ein ungeliebtes Dasein,

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Das ist schon hundertmal widerlegt worden!)

obwohl es zum Beispiel an den Hauptschulen weiterhin 100.000 Schülerinnen und Schüler gibt. Auch die, finde ich, müssten entsprechend mehr in den Fokus gerückt werden.

Das Gleiche gilt für die Berufskollegs. Dort haben Sie in den vergangenen Jahren 500 Stellen gestrichen, obwohl wir an den Berufskollegs die größte „Kienbaumlücke“ in Nordrhein-Westfalen haben.

Wir haben Sie aufgefordert und fordern Sie auch weiterhin auf, den Berufskollegs wenigstens die letzte verbleibende Tranche in Höhe von 229 Stellen doch noch zu überlassen.

(Beifall von der FDP)

Ich habe nur noch wenig Zeit für das Thema „Inklusion“. Aber wir haben uns – Frau Vogt hat das Thema auch schon angeschnitten – in dieser Woche bereits mit der Inklusion befasst. Deshalb nenne ich nur zwei kurze Beispiele.

Erstens. Sie senken das Stellenbudget im Bereich der Lern- und Entwicklungsstörungen sogar noch weiter, nämlich um 54 Stellen. Auch das halten wir für unverantwortlich.

Zweitens. Die Ausbildung im Rahmen der VOBASOF entwickelt sich immer mehr zum Flopp. Wir haben das entsprechend vorhergesagt. 250 Plätze sind hier freigehalten worden. Im Februar dieses Jahres haben sich noch sage und schreibe 65 Menschen darauf beworben. Im August dieses Jahres waren es nur noch 53.

Frau Löhrmann, einen Satz muss ich doch loswerden. Als ich Sie darauf in der letzten Sitzung des Schulausschusses angesprochen habe, haben Sie gesagt, dies könne vielleicht damit zusammenhängen, dass sich an den Schulen der Bedarf an Sonderpädagogen möglicherweise normalisiere. Ich bin darauf gespannt, was die Lehrerinnen und Lehrer der verschiedenen Schulformen Ihnen hier entgegenzuhalten haben. Ihnen wird wahrscheinlich das Lachen im Hals steckenbleiben, und sie werden völlig entgeistert sein. Denn wenn wir eines nicht haben in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, dann ist das eine ausreichende Zahl an Sonderpädagogen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebauer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gut, dass ich mir erst gar keine Rede aufgeschrieben habe. Denn diese würde ich jetzt zur Seite legen, weil ich auf einige Punkte – auch auf das, was gestern in die-

sem Raum gesagt worden ist – sehr aktuell eingehen muss.

Frau Kollegin Gebauer, war das, was Sie gerade über die Heterogenität am Gymnasium, dass alle Kinder dort unterrichtet werden sollen, ein Plädoyer für ein inklusives Gymnasium, das auch Kinder beschult, die dieses nicht bis zum Abitur besuchen werden? War das ein Plädoyer für das Abschaffen der Orientierungsstufe?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dann sollten wir darüber noch einmal grundsätzlich reden. Wir können dann in der Tat über sehr viele Dinge miteinander reden. Denn am Gymnasium beträgt die Lehrerwochenstundenverpflichtung bereits jetzt 25,5 Wochenstunden. An den Gesamtschulen, an den Sekundarschulen ist es genauso. Da stellt sich die Frage: Wo werden die Sekundarschulen denn bessergestellt als andere Schulen? Das müssten Sie sich auf der Zunge zergehen lassen.

Wenn wir darüber ins Gespräch kämen, böte das eine interessante Perspektive. Das war das Erste.

Zweitens. Ich fand einen Punkt gestern wirklich dreist und scheinheilig. Herr Kollege Witzel ist heute leider nicht da.

(Renate Hendricks [SPD]: Doch!)

– Er ist nicht im Saal. – Wenn hier zusätzliche Bedarfe angemeldet werden, werden Sie – bei allem Wohlwollen, das Sie und Frau Vogt in den ersten zwei Minuten Ihrer Rede geäußert haben – dann auch noch vom Sparen reden? In welchem Bereich denn bitte?

Ihr Kollege Witzel hat gestern hier verkündet, das Sparziel betrage 700 Millionen €. Wer in diesem Land 700 Millionen € einsparen will, der muss 14.000 Stellen infrage stellen. Da stellt sich die Frage: Wo denn? Im Polizeibereich? Im Schulbereich?

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich wollte es heute eigentlich nicht wieder sagen, aber Sie rekurren so auf die „Kienbaumlücke“ und anderes: 10.000 Stellen hatte Schwarz-Geld in der mittelfristigen Finanzplanung gestrichen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben die Stellen im Bereich der Schule erst einmal beibehalten. Wir mussten 1.000 ausfinanzieren, die in Ihrem Haushaltsplan damals gar nicht hinterlegt waren. Auch das mussten wir machen. Jetzt schaffen wir zusätzliche 5.766 Stellen, weil immer mehr Kinder zu uns kommen.

Frau Vogt, das alles sind unsere Kinder.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie sich auf diese Art und Weise zur Trägerin von Bedenken machen, möchte ich Sie fragen: Was haben Sie gestern darauf gesagt, als die Sorge ge-

äußert wurde, ob wir Flüchtlingskinder dann noch verantwortlich aufnehmen können? Haben Sie – wie Sie es hier auch immer machen – diese Sorgen noch geschürt? Haben Sie aufrichtig gesagt, dass diese Landesregierung über 5.000 Stellen schafft und dies allen Kindern zugutekommt?

Die Art und Weise, in der Sie Ihren Beitrag heute dargeboten haben, führt dazu, dass Sie zu denen gehören, die in dieser Gesellschaft nach Art der AfD zündeln. Genau so! Das ist unverantwortlich.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Petra Vogt [CDU]: Unverschämt! Dafür entschuldigen Sie sich!)

Das hat nichts mit dem Transportieren von Botschaften zu tun. Die Botschaften höre ich. Sie haben gefragt: Ist es verantwortlich, bei uns Flüchtlingskinder zu beschulen?

(Petra Vogt [CDU]: Ja, das kann ich Ihnen gern sagen!)

Ich frage Sie: Was haben Sie darauf als verantwortliche Demokratin geantwortet? Das ist doch wirklich unglaublich.

(Beifall von den GRÜNEN – Petra Vogt [CDU]: Unverschämt!)

Sie haben diese Botschaft hier weiter perpetuiert,

(Petra Vogt [CDU]: Von mir werden Sie heute nichts mehr hören!)

indem Sie ganz deutlich gesagt haben, dass Unterdeckung bestehe.

Wir haben gemeinsam vereinbart – das müssten Sie dann auch darstellen, Frau Kollegin Vogt –, dass die demografischen Effekte weiter einbezogen werden und wir die geschaffenen Stellen gemäß des Schulkonsenses zur kontinuierlichen Verbesserung des Systems verwenden. Das sind strukturelle Verbesserungen, die zeigen, dass sich die „Kienbaumücke“ kontinuierlich schließt. Das können wir seit 2010 sehen.

Im Übrigen hat in der Bildungskonferenz – auch das müssen Sie nachvollziehen – niemand auf Folgen des rekuriert: Jetzt schließen wir zunächst die „Kienbaumücke“. – Vielmehr haben wir gesagt: Wir schaffen die strukturellen Verbesserungen gemeinsam, um dieses System langfristig immer besser auszustatten und die Rahmenbedingungen zu verbessern. – Das wird bei all dem leider vergessen.

Sie sagen, wir sollten investieren. Ihre Art der Unterrichtsausfallerhebung würde uns weitere 255 Stellen kosten und brächte uns keine weiteren Erkenntnisse.

Lassen Sie uns bitte in den Diskurs gehen: Wie kommt der Unterrichtsausfall zustande? Liegt es an der Stundenorganisation? Wo sind wirklich Bedarfe, wo nachgesteuert werden muss? Dieser strukturel-

len Diskussion haben Sie sich bisher auch verweigert. Das ist leider immer wieder anzumerken.

Das Thema „Schulpolitik“ ist sensibel. Wenn über das Thema so diskutiert und die Botschaft so transportiert wird, dann richten wir Flurschaden an. Wir können miteinander über Konzepte streiten, wir können uns darüber, ob Weg A oder B richtig ist, streiten. Aber die Art und Weise Ihrer Diskussion heute, geht in die Richtung der Botschaften derjenigen, die wir in diesem Land nicht befördern sollten. Ich will noch einmal sehr deutlich sagen: Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Frau Kollegin Beer. – Für die Piraten-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Pieper das Wort.

Monika Pieper (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich an dieser Stelle – gar nicht so emotional – der Kollegin Beer anschließen. Ich halte es aber für sehr gefährlich und völlig unangemessen, die Frage der Beschulung von Flüchtlingen in irgendeiner Form mit der Inklusion zusammenzubringen. Damit nutzen wir weder dem einen noch dem anderen.

(Beifall von den PIRATEN, der SPD und den GRÜNEN)

Auch von unserer Seite aus möchte ich der Landesregierung Anerkennung und einen herzlichen Dank für ihre Bemühungen in den letzten Wochen und Monaten sagen. Sie hat vieles geschafft, was uns gerade bei der Beschulung von Flüchtlingen nach vorne bringt.

Wir haben gehört, dass wir einen Haushalt von fast 17,3 Milliarden € haben. Man muss aber einfach feststellen und ehrlicherweise sagen, dass der Gestaltungsspielraum nicht sehr groß ist. Es hört sich immer so an, als sei das unheimlich viel Geld, das wir nach Lust und Laune verteilen können. Wir müssen aber halt feststellen: Vieles ist einfach durch Personal gebunden.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Zu Recht!)

– Zu Recht! Genau!

Wir stehen heute hier, um uns zu überlegen, was wir in der Zukunft tun wollen. Für was für eine Zukunft müssen wir die Schüler eigentlich fit machen? Wo wollen wir das Geld einsetzen? Welche Ziele wollen wir erreichen?

Das sind wichtige Fragen, auf die wir Antworten finden müssen – insbesondere wenn es um den Haushalt, also darum geht, welche Mittel wir im nächsten Jahr für welche Zwecke bereitstellen. Diese Frage stellt sich aktuell in besonderer Dringlichkeit, denn unsere Bildungseinrichtungen stehen

heute vor weit größeren Herausforderungen, als wir das noch vor einigen Wochen oder Monaten erwartet haben.

Integration durch Bildung – das ist gerade mehrfach gesagt worden – wird der Schlüssel zum Erfolg für Flüchtlingskinder, aber auch für Erwachsene sein. Darüber dürfen wir aber auch andere Themen nicht vergessen. Da gibt es zum einen den Anspruch auf eine hochwertige Umsetzung der schulischen Inklusion. Zum anderen gibt es die gesellschaftliche Veränderung durch die digitale Revolution, der auch unser Bildungswesen Rechnung tragen muss. Und wir haben immer noch nicht die Förderung bildungsbenachteiligter Kinder und Jugendlicher ausreichend in den Griff bekommen. Das haben wir, glaube ich, in den letzten Monaten aufgrund der aktuellen Problematik so ein bisschen vergessen.

Zum Thema „Inklusion“ haben wir schon am Mittwoch einiges besprochen. Da haben wir über die GEW-Umfrage gesprochen. Ich glaube, dass die Anhörung im Februar sicherlich noch einige Erkenntnisse bringen wird. In unserem Antrag stehen letztendlich genau die Forderungen, die durch die Umfrage der GEW bestätigt worden sind. Ich glaube, jeder in diesem Haus sollte inzwischen begriffen haben, dass wir da nachsteuern müssen, dass es, so wie es jetzt ist, nicht reicht. Das wird sich auch nicht irgendwann von selber regeln. Da brauchen wir strukturelle Verbesserungen.

Das Thema „Inklusion“ wird uns im nächsten Jahr sicherlich weiterhin beschäftigen. Ich habe aber ganz leichte Zeichen von der Landesregierung wahrgenommen, dass man durchaus bereit ist, darüber noch einmal zu sprechen und eventuell an der einen oder anderen Stelle eine Verbesserung vorzunehmen. Sie haben ja gesagt, das sei nur das erste Schulrechtsänderungsgesetz zur Inklusion. Ich bin also gespannt, was da weiter kommen wird.

(Iris Preuß-Buchholz [SPD]: Die Evaluation ist beschlossen!)

Ich komme dann zum Thema „Digitalisierung“. Das war wirklich gerade ganz spontan, Frau Hendricks: Hurra, sie hat es gesagt! – Zum ersten Mal, seit ich in diesem Landtag bin, spricht eine Fraktion zum Thema „Digitalisierung in der Schule“. Wow!

(Michele Marsching [PIRATEN]: Außer uns!)

– Na klar! Außer uns!

Die anderen Fraktionen haben es wieder mit keinem Wort erwähnt. Frau Hendricks hat aber zu Recht gesagt: Wir fangen jetzt an. – Hätte man vor zwei, drei Jahren angefangen, wären wir da sicherlich ein ganzes Stück weiter.

Positiv finde ich, dass Sie das hier in der Haushaltsrede erwähnen. Denn das zeigt, dass Sie begriffen haben, dass man, um das voranzubringen, tatsächlich Geld in die Hand nehmen muss. Das alles gibt

es nicht kostenlos. Ich finde das schon einmal superprima.

(Iris Preuß-Buchholz [SPD]: Dafür müssen andere Sachen dann aber auch ausreichend zu Ende geführt worden sein! – Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Man nennt so etwas Multitasking!)

– Ich denke, wir werden ausreichend Gelegenheit haben, darüber zu reden. Es wundert aber, denke ich, niemanden, dass ich das hier zum Thema mache.

Schule muss sich jetzt tatsächlich der Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler anpassen. Wir reden ganz häufig auch von Motivation bzw. von Lust auf Schule. Ich denke, wenn sich Schule dieser Lebensrealität der Kinder und Jugendlichen nicht anpasst, dürfen wir uns nicht wundern, dass sie nicht mehr gerne zur Schule gehen, weil die Schule dann eine Parallelwelt ist, die mit ihrem normalen Leben überhaupt nichts mehr zu tun hat. Deshalb müssen wir unbedingt die Rahmen für digitales Lernen verbessern.

(Unruhe)

– Wollt Ihr weitermachen? Oder ich? Mir ist es egal!

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielleicht verständigen Sie sich demnächst vorher. Das erleichtert uns das Verfahren. Bis auf Weiteres haben Sie das Wort.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Monika Pieper (PIRATEN: Ich habe letztes Jahr gehört, man bräuchte ein koordiniertes Vorgehen mit den Kommunen. Dann habe ich gewartet und gewartet. Wo ist denn das koordinierte Vorgehen mit den Kommunen? Also die Kommunen werden das alleine nicht schaffen. Es macht auch keinen Sinn, wenn jede Kommune das Rad selber neu erfindet. Ich würde mir wünschen, dass man sich tatsächlich einmal mit den Spitzenverbänden zusammensetzt und guckt: Wie kriegen wir denn da eine Struktur hinein? Welche Strategie brauchen wir, um gemeinsam etwas zu tun? Sie werden dann sagen: Konnexität, Konnexität. Da haben Sie recht. Es steht aber nirgendwo, dass es der Landesregierung verboten ist, die Kommunen zu unterstützen.

Wir begrüßen an dieser Stelle, dass Sie im Haushalt die Kompetenzteams verstärken, um so die Schulen in Bezug auf ihre Medienkompetenz bzw. Medienkonzepte besser zu unterstützen. Das – diese Stellen – ist genau das, was wir letztes Jahr schon gefordert haben. Jetzt sind sie endlich da. Hurra!

In diesem Zusammenhang will ich noch einmal für die Möglichkeiten werben, die der Einsatz von Lernmitteln unter freier Lizenz bietet. Dabei geht es um sogenannte OER-Materialien. Das sind Mittel,

um eine neue Form des Lernens zu unterstützen. Der Bund hat bereits erste Schritte zur Förderung von OER unternommen. In dieser OER-Bubble sind halt auch einige von der SPD, die im Bundestag tätig sind und das massiv unterstützen. Das finde ich ganz großartig. Außerdem haben die UNESCO, die OECD, das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Kultusministerkonferenz dieses Thema ganz oben auf die Agenda gesetzt. Was passiert in NRW? – Nichts.

Ich verstehe nicht, wer hier auf die Bremse tritt. Eigentlich sollte es doch unser aller Interesse sein, in dieser Hinsicht voranzukommen. Letztes Jahr haben wir bereits einen Haushaltsänderungsantrag gestellt; den wollte man aber nicht, er sei nicht nötig. Dann muss ich mich doch fragen, wessen Interessen hier eigentlich verfolgt werden. Sind das die Interessen der Schüler, der Lehrer bzw. der Menschen, oder sind das die Interessen der Schulbuchverlage? Diese Frage muss in diesem Zusammenhang einmal gestattet sein.

(Beifall von den PIRATEN)

Meine Damen und Herren, zu der Geschwindigkeit dieser Landesregierung in Bezug auf die digitale Entwicklung der Schule muss ich Ihnen Folgendes sagen: Die digitale Entwicklung wird nicht solange warten, bis das Schulministerium so weit ist. Sie wird immer weiter fortschreiten. Das ist fast so, als würde ein Audi neben einem Fahrrad fahren. Das wird so nicht gelingen. Der Audi wird immer kilometerweit vorne liegen.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Nein, die fahren hintereinander! Das haben wir doch gerade gehört!)

Das heißt, in dieser Hinsicht ist jetzt ein bisschen Tempo nötig.

(Beifall von den PIRATEN)

Eigentlich wollte ich jetzt noch etwas zum Fach Informatik an Grundschulen sagen. Das spare ich mir aber. Damit werden wir sicherlich nächstes Jahr um die Ecke kommen. Wir wissen, dass es ein Modellprojekt an Grundschulen gibt. Das finde ich prima. Wir brauchen aber keine Modellprojekte, sondern wir brauchen flächendeckend mehr Informatik an den Grundschulen.

Ich sehe gerade, dass ich nicht mehr viel Zeit habe, aber ich möchte doch noch kurz etwas zur Integration sagen. Herr de Maizière sagte in diesem Zusammenhang: Für Flüchtlinge müssen wir Bildungsstandards in Deutschland kurz senken. – Meine Damen und Herren, das kann es doch wohl wirklich nicht sein.

(Beifall von den PIRATEN, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Stattdessen gilt es, eine möglichst schnelle Integration der Zuwanderer in unseren Bildungseinrichtun-

gen zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang gibt es ein paar Nadelöhre, die ich benennen will.

Zum einen geht die Schaffung von Schulplätzen im Moment nicht schnell genug voran. Wir brauchen in den Integrationszentren auf kommunaler Ebene noch einige Lehrerstellen, damit das schneller funktioniert. Es muss überlegt werden, was die Lehrer an den Schulen leisten müssen.

Frau Beer schaut mich gerade an. Ich erinnere an dieser Stelle einmal kurz an Toronto. Ist es nicht sinnig, eine gründliche Anamnese zu machen, bevor man entscheidet, an welcher Schule ein Kind gut aufgehoben ist? Und dazu sollte sofort sofort ein Förderplan erstellt werden.

Jetzt ist meine Redezeit zu Ende. Trotzdem möchte ich noch einen Satz zur Weiterbildung sagen, obwohl ich darüber auch noch zehn Minuten reden könnte. Wir müssen die jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 ganz dringend in den Blick nehmen; denn bei ihnen werden die Probleme auftauchen. Die Schüler besuchen eine Schule. Das bedeutet, sie entweichen uns nicht, sondern wir fangen sie auf. Aber wir müssen unbedingt darüber nachdenken, was wir unternehmen, um bei den jungen Erwachsenen Sicherheit zu schaffen. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Frau Kollegin Pieper. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Diese Diskussion zum Haushalt umfasste ein ziemlich breites Feld mit ganz vielen verschiedenen Facetten. Ich würde sagen, dieser Haushalt ist mehr als ein Accessoire, Frau Gebauer, er ist vielmehr eine ganz große Anstrengung.

Das Thema „Schule und Weiterbildung“ besitzt eine hohe Priorität, und deshalb ist dieser Einzelplan 05 ein Rekordeinzelplan. Heute wird der größte Schuletat beraten, den es jemals in der Geschichte Nordrhein-Westfalens gegeben hat, und das angesichts der – trotz der Flüchtlingssituation und der Zuwanderung – sinkenden Schülerinnen- und Schülerzahlen. Das ist eine ganz große Leistung. Auch der Kommunaletat, liebe Frau Pieper, ist gewachsen, weil wir unsere Kommunen auch im Gesamthaushalt bei ihren Aufgaben ganz offensiv unterstützen.

Insgesamt beträgt die Summe des Einzelplans 17,3 Milliarden €. Das ist 1 Milliarde € mehr als in 2015. Seit dem Jahr 2010 – diesen Vergleich müssen wir ziehen – ist der Einzelplan 05 um über 3,3 Milliarden € gewachsen. Das ist eine Steigerung

um 23 %. Das möchte ich hier noch einmal festhalten.

Eines vorab: Ich habe mich natürlich über die Würdigung unserer Anstrengungen bezogen auf die Flüchtlingskinder gefreut, aber das ist nicht der einzige Bereich, in dem wir unsere Anstrengungen für gute Schulen massivst gesteigert haben, meine Damen und Herren. Ich habe mich sehr gewundert, Herr Kaiser, dass Frau Vogt gesagt hat, beim Thema „Flüchtlinge“ gebe es mehr Geld; das sei gut, aber dann höre die Gemeinsamkeit auch auf. Wir haben doch einen Schulkonsens. Hat sich die CDU etwa vom Schulkonsens verabschiedet? Der Schulhaushalt setzt auch den Schulkonsens weiterhin auf Punkt und Komma um, meine Damen und Herren von der CDU. Das ist mir ganz wichtig, hier festzuhalten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Auch dafür fließen nennenswerte Mittel. Hört die Gemeinsamkeit auf, weil Sie nach der Steuerung gefragt haben? Der Input, also die 17,3 Milliarden €, sei okay, aber der Output stimme nicht. Wo liegt denn dann das Problem? Wir haben doch die grundsätzlichen Fragen der Steuerung unseres Schulsystems in Nordrhein-Westfalen nicht verändert, meine Damen und Herren von der CDU. Das fand ich hoch interessant. Ich habe eher den Eindruck, Sie mussten sich irgendetwas überlegen, damit Sie an einem Etat herumäkeln können, der sich mit den Investitionen und Anstrengungen, die wir vorgesehen haben, wirklich sehen lassen kann.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben die selbstständige Schule. Das ist in Nordrhein-Westfalen eine Errungenschaft, und viele folgen uns jetzt auf diesem Weg. Das war vor 15 Jahren so umstritten wie es heute in Teilen die Inklusion ist. Deswegen ist es richtig, dass wir mutig bestimmte Fragestellungen angehen. Stellen Sie das infrage? Sollen wir jetzt noch hinter jeden Lehrer jemanden stellen, der aufpasst, ob die Arbeit richtig gemacht wird? Das Versagen läge dann irgendwo dazwischen, sagt Frau Vogt! Ich bin ausdrücklich nicht dieser Meinung, meine Damen und Herren.

Wir investieren in den Schulkonsens, und wir investieren ganz massiv in den Ausbau des Ganztags, der inzwischen enorm gewachsen ist. Ich berechne auch das, weil hier immer unterstellt wird, wir würden die Schulformen nicht gleich behandeln. Jeder Antrag einer Realschule und jeder Antrag eines Gymnasiums auf Ausbau zu einer gebundenen Ganztagschule ist von mir bewilligt worden. Das will ich hier noch einmal ganz klar und deutlich sagen. Mit subtilen Vorwürfen, die einfach nicht haltbar sind, wird hier etwas unterstellt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Natürlich will ich auch ein paar Sätze zur Inklusion sagen. Aufgrund der gestiegenen Anforderungen müssen wir mehr Mittel für die Inklusion bereitstellen. Sie tragen Beispiele vor, bei denen es zu Klagen kommt. Wir hingegen verweisen auf erfolgreiche Schulen; denn Nordrhein-Westfalen gewinnt viele Schulpreise auch im Bereich der Inklusion.

Ich weiß nicht, ob Sie schon den Artikel in der gestrigen „Zeit“ gelesen haben. Ich finde den Artikel insofern lesenswert, als er sehr deutlich macht, wo sich Schulen mehr Lehrerinnen- und Lehrerstellen, vielleicht eine frühere Fortbildung und noch mehr Unterstützung wünschen. In diesem Artikel wird aber auch beschrieben, warum sich Inklusion lohnt: Das Schulklima ändert sich. Kinder sitzen nicht in der letzten Reihe, sondern mittendrin. Die Schwächeren profitieren, aber die Starken leiden nicht deswegen; das ist eine ganz wichtige Aussage in diesem Artikel. Es wird beschrieben, dass kein Mobbing von Kindern erfolgt, die vielleicht nicht aufs Abitur bezogen diese Schule bzw. dieses Gymnasium besuchen.

Ein solcher Artikel, der von einem Journalisten geschrieben wurde, der sich drei Monate mit diesen Gymnasien beschäftigt hat, ermutigt und zeigt auf, dass sich der Weg, auch wenn er anstrengend ist, lohnt. Denn er ist gut für alle Kinder und Jugendlichen, und er folgt dem Ansatz einer inklusiven Schule und einer inklusiven Gesellschaft, die wir uns hier in Nordrhein-Westfalen doch gemeinsam zum Ziel gesetzt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Darum werbe ich dafür, jetzt nicht alles infrage zu stellen. Ich habe immer gesagt, Frau Pieper, dass wir uns natürlich die Entwicklung anschauen. Das ist ein erstes Gesetz, und wir steuern nach, wenn es konkretisiert ist, wenn es nicht eine einzelne, sondern eine systematische Frage ist, an der wir nachsteuern müssen. Wir haben die Dinge im Blick. Das ist mir sehr, sehr wichtig.

Ich komme zum Bereich der Integration und Zuwanderung. Wenn mich vor zwei Jahren jemand gefragt hätte, ob wir es hinbekommen, in diesem Maße zusätzliche Lehrerinnen- und Lehrerstellen zu schaffen, hätte ich gesagt: Na ja, es wäre schön, aber ich weiß nicht, ob wir das schaffen. – Wir haben seit dem Frühjahr – 3. Nachtrag 2015 und dieser Haushalt 2016 mit der Ergänzung – mehr als 5.700 neue Stellen geschaffen. Grund sind die zusätzlichen Schülerinnen und Schüler.

Eines ist mir bei dieser Debatte sehr wichtig: Diese zusätzlichen Ressourcen kommen allen Schülerinnen und Schülern in unseren Schulen zugute, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Denn mehr Lehrer im System nutzen immer allen, und wir sollten aufhören, Kinder zu etikettieren: Aus

welchen Gründen haben sie vielleicht einen zusätzlichen Unterstützungsbedarf? Was macht sie besonders?

Wir spielen die Kinder und Jugendlichen in unseren Schulen nicht gegeneinander aus, meine Damen und Herren. Der Eindruck ist aufgrund dessen entstanden, was Frau Vogt hier eben vorgetragen hat. Das hier festzuhalten, ist mir wichtig.

Wir investieren in den offenen Ganzttag. Wir investieren und stärken die Mittel für die Inklusion an den Berufskollegs. Wir haben multiprofessionelle Teams geschaffen, wir haben Ausgleichsstellen für das Praxissemester. Wir haben Fachberaterstellen geschaffen für die Unterstützung in der Schulaufsicht bei den Konzepten zur integrativen Pädagogik. All das sind gute Investitionen für gutes Lernen in unseren Schulen.

Meine Damen und Herren, einen Punkt möchte ich bei der Gelegenheit auch ansprechen. Ich habe den Artikel in der „Zeit“ erwähnt. Aber diese Woche war noch etwas bemerkenswert: Vier Lehrerinnen und Lehrer aus Nordrhein-Westfalen sind mit dem Deutschen Lehrpreis ausgezeichnet worden, und zwar in der schönen Kategorie „Schüler zeichnen Lehrer aus“. Die „NRZ“ hat das so kommentiert:

„Die Auszeichnung für vier Lehrer aus Nordrhein-Westfalen, die allesamt von begeisterten Schülern für diese Ehrung vorgeschlagen wurden, darf man als Ermutigung und Ansporn verstehen.“

Herzlichen Glückwunsch an dieser Stelle an diese Lehrerinnen und Lehrer, die stellvertretend für die vielen stehen, die in unseren Schulen hervorragende Arbeit leisten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir senken die Klassen- größten gemäß Schulkonsens, und zwar an Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen, liebe Frau Gebauer.

Wir investieren in den Ausbildungskonsens, und – auch darauf hat Frau Hendricks schon hingewiesen; das ist mir auch wichtig – wir bauen den islamischen Religionsunterricht aus.

Das ist vor drei Jahren mehr oder weniger unbeachtet von der Öffentlichkeit – von uns nicht! – über die Bühne gegangen. Es war gut, den islamischen Religionsunterricht hier einzuführen. Dieser wird in deutscher Sprache erteilt und macht den jungen Muslimen deutlich, dass sie mit ihrer Religion hier willkommen sind. In unseren Schulen wird aufgeklärt islamischer Religionsunterricht erteilt. Das ist sehr wichtig für die Integration, meine Damen und Herren,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

und darauf können wir stolz sein. Auf diesem Gebiet sind wir Vorreiter.

Wir haben Verstärkungsmittel im Sachhaushalt. Der Ganzttag ist angesprochen worden. Es ist die Deutschförderung im Bereich der Weiterbildung angesprochen worden. Auch hier senden wir ein ganz klares Signal: Wir machen weiter. Wir wollen auch für die nicht mehr schulpflichtigen Jugendlichen und Erwachsenen Deutschkurse anbieten.

In diesem Zusammenhang freue ich mich, dass wir nicht nur hier im Parlament eine interfraktionelle Offensive dazu gestartet haben, sondern dass das auch in den Wahlkreisen vor Ort die Kolleginnen und Kollegen der FDP und der CDU – der Piraten sicher auch – bei entsprechenden Veranstaltungen unterstützen.

Wir haben die Lehrerfortbildung verstärkt, und wir verstärken das digitale Lernen. Nicht alles hängt nur vom Geld ab, liebe Frau Pieper. Wir haben mit dem Medienpass und anderen Strukturen schon angefangen, als Sie noch gar nicht diesem Parlament angehört haben. Wir gehen auch beim digitalen Lernen systematisch und nachhaltig vor, aber nicht aktionistisch. Denn zu viel Aktionismus in der Bildungspolitik kann auch kontraproduktiv sein. Ich hoffe, wir alle haben bei G 8 gelernt, dass die Dinge gut vorbereitet und gut begleitet werden müssen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, mit diesem Haushalt – ich komme zum Schluss – stellen wir die Weichen für die Zukunft – für die Zukunft unserer Schülerinnen und Schüler und damit auch für die Zukunft unseres Landes. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die CDU-Fraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Kaiser zu Wort gemeldet.

Klaus Kaiser (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie alle wissen, dass ich ein Anhänger von lebhaften und durchaus auch kontroversen Auseinandersetzungen bin.

Wenn man dann wie Sie, Frau Ministerin Löhrmann, hingeht und meine Kollegin Vogt missversteht und ihr unterstellt, sie würde durch ihren Beitrag zur Stigmatisierung von Schülerinnen und Schüler beitragen, dann ist das nicht akzeptabel und auch nicht sachgerecht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Was mich aber wirklich tief getroffen hat, ist das, was die Kollegin Beer hier veranstaltet hat.

Wenn wir in der Flüchtlingsfrage ernsthaft unterwegs sein wollen, dann tun wir uns alle als aufrechte Demokraten keinen Gefallen, wenn wir Fragen tabuisieren.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wenn wir die Sorgen aufnehmen wollen, die in der Schulöffentlichkeit und in den Schulen formuliert werden, dann ist es richtig und demokratisch vernünftig, diese Fragen auch zu erörtern.

(Beifall von der CDU)

Eine Frage bei der Flüchtlingsbeschulung ist – Frau Pieper hat es angesprochen –: Müssen wir das Potenzial nicht viel früher heben? Können wir gewährleisten, dass alle möglichst früh in die Schule gehen? Frau Lohrmann weiß genau, wovon ich spreche. Das heißt, dass wir auch sehr detaillierte Fragen zum Konzept stellen müssen. Können wir mit Modellversuchen weiterarbeiten? Oder brauchen wir – wie in Bayern – einheitliche Richtlinien, damit es verbindlicher ist? Alle diese Fragen sind unmittelbar wichtig.

Deshalb, liebe Sigrid Beer, halte ich es für vollkommen daneben, die Worte von Frau Kollegin Vogt umzudrehen und zu sagen: Ihr bewegt euch damit in AfD-Nähe oder bedient AfD-Fragen. – Da erwarte ich auch eine Entschuldigung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Kaiser, kommen Sie bitte noch einmal zurück. Es gibt eine Kurzintervention. Sie kam aber so spät, dass wir Ihnen das Signal nicht mehr geben konnten. – Frau Kollegin Beer möchte diese Kurzintervention halten. Bitte schön.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herzlichen Dank. – Lieber Kollege Klaus Kaiser, ich stimme zu, dass wir in der Debatte sehr sensibel darauf achten müssen, was wir sagen und wie wir es sagen. Ich stimme auch zu, dass wir es aufnehmen müssen, wenn Menschen Ängste und Besorgnisse haben. Wenn ich aber nicht gleichzeitig sage, wie ich dem begegne und das Ganze auflöse, dann betreibe ich insbesondere das Geschäft derjenigen, die an anderer Stelle zündeln.

(Walter Kern [CDU]: Unverschämt!)

Das ist der Hinweis gewesen. Denn das muss ich – diese Flanke darf ich nicht offenlassen – aufnehmen und deutlich thematisieren. Genau das hat hier gefehlt.

(Zurufe von der CDU)

Darum müssen wir uns mahnen, dies zu tun. Das ist meine Einlassung gewesen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Unerhört!)

Klaus Kaiser (CDU): Herzlichen Dank für den Beitrag. Ich habe ja dieselbe Rede gehört.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich denke, dass sie vom Kontext her schon sehr deutlich gemacht hat, was zu bedenken ist und dass es eine differenzierte Argumentation gibt.

Ich glaube, man hat nicht immer gleich gute Tage. Vielleicht macht es einfach Sinn, liebe Sigrid, dass du das noch einmal nachliest, wenn das Protokoll erstellt ist. Vielleicht gibt es dann die Möglichkeit, dass man das miteinander wieder vernünftig gerückt. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kaiser. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Zentis.

Gudrun Zentis (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Tat hat man nicht immer gleich gute Tage. Es wird sicherlich noch einiges zu dem zu klären sein, was hier passiert ist.

Wir haben aber in unserer Fraktion Arbeitsteilung. Ich vertrete bei uns die Weiterbildung. Dazu rede ich jetzt.

Den Teil, der im Einzelplan 05 die Weiterbildung betrifft, halten wir für sehr erfreulich. Wir haben 100.000 € Plus für das Berichtswesen. Als Auftrag der Weiterbildungskonferenz 2012 haben die unterschiedlichen Weiterbildungsträger mit dem MSW das Berichtswesen mühevoll erneut erarbeitet – eine Investition, die sich in 2016 lohnen wird, damit wir 2017 die entsprechenden Zahlen haben, um die künftige Ausrichtung der Weiterbildung zu sehen.

Wir legen noch einmal nach im Bereich Analphabetismus und Grundbildung. Das ist gut so; denn das Alphanetz NRW, dessen Schirmherrin die Ministerin ist, hat sich getragen. Wir müssen registrieren – ich glaube, das ist einvernehmlich –: 1,5 Millionen Analphabeten sind für ein Land mit unserem Standard beschämend.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir legen bei der Weiterbildung aber auch noch einmal kräftig nach. Bei den Sprachkursen für Flüchtlinge haben wir in diesem Jahr schon etwas gemacht. Für 2016 wird dieser Betrag nochmals verdoppelt. Das haben wir zu einem Zeitpunkt getan, als noch nicht absehbar war, dass der Zustrom von Menschen, die in ihrem Heimatland keine Zukunft mehr sehen, nicht abreißt.

Hier hat die Weiterbildung gezeigt, auf welch hohem Niveau sie arbeitet und wie groß die Bereitschaft und das Können sind, auf veränderte Lebenswirklichkeiten im Sinne des Gemeinwohls schnell zu reagieren. Die Weiterbildung hat diese Kurse mit aller Kreativität eingerichtet. Für Menschen, die teils auch schon länger bei uns leben, bestand endlich

die Chance, unsere Muttersprache zu erwerben und Barrieren zu überwinden.

Lange Jahre nahm die Weiterbildung eine Randposition in unserem Bildungssystem ein. Das hat sich aber geändert. Im Jahr 2010 ist die letzte Kürzung zurückgenommen worden. Die Umsetzung der Weiterbildungskonferenz, die die Ministerin eingesetzt hatte, bezog sich dann auch nicht nur auf die Wiedereinführung des Berichtswesens, sondern auch auf den Landesbeirat und die neu eingerichtete Stelle für den Support bei QUA-LiS, was für die Weiterbildung besonders wichtig ist.

Uns ist bewusst, dass die Herausforderungen in der kommenden Zeit noch groß sein werden. Wir brauchen nicht nur mehr Plätze in Kitas und Schulen; es gilt auch, das nachzuholen, was bisher noch nicht erledigt wurde.

Das betrifft sicherlich auch die jungen Erwachsenen. Aber generell haben viele Menschen, die zu uns kommen, in ihrer alten Heimat keine Schule besuchen können. Das werden sie bei uns nachholen, wenn sie wollen. Viele Menschen, die zu uns kommen, haben in ihrer alten Heimat einen Berufsabschluss erworben, der aber nicht den Anforderungen unserer Arbeitswelt entspricht. Sie werden wir nachqualifizieren müssen.

Viele Menschen, die zu uns kommen, haben in ihrer alten Heimat ein Gemeinwesen erlebt, welches ganz anders ist als das unsere. Die enormen Vorzüge unseres demokratischen Systems – unseren Rechtsstaat, unsere Freiheit in der Gesinnung und die Gleichwertigkeit jedes Menschen – müssen wir vermitteln.

Dies ist die Herausforderung, der sich nicht nur unser Bundesland, sondern auch der Bund zu stellen hat. Die Weichen werden jetzt gestellt, damit das Wir in unserem Land für alle Menschen gelingen kann. Alle brauchen den Einstieg und den Aufstieg.

Der vorliegende Haushalt, insbesondere für die Weiterbildung, setzt die entsprechenden Zeichen. Ich lade alle ein, mit ihrem Votum diesem Haushalt zuzustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Zentis. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Das bleibt auch so.

Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache zum Einzelplan 05 und komme zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10505, den Einzelplan 05 unverändert anzunehmen. Wer sich dieser Empfehlung anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und die Piraten. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der

Fall. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 05 in zweiter Lesung angenommen**.

Ich komme noch einmal zurück auf den Einzelplan 02 und hier zur ausgesetzten Abstimmung über den Einzelplan 02. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10502, den Einzelplan 02 in der Fassung der Beschlüsse anzunehmen. Wer sich dieser Beschlussempfehlung anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und die Piraten. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 02 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses in zweiter Lesung** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 15 Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Ich weise Sie auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10515** hin.

Ich eröffne die Aussprache. Herr Kollege Burkert hat für die CDU-Fraktion das Wort.

Oskar Burkert (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich darf in Vertretung von Frau Kollegin van Dinter zum Thema „Emanzipation“ für die CDU-Fraktion Folgendes sagen: Die Frauenbeschäftigung liegt bundesweit auf einem hinteren Rang in Nordrhein-Westfalen. Die von Rot-Grün eingeführten Kompetenzzentren „Frau und Beruf“ sollten daher hinsichtlich ihrer Zielsetzung, die Frauenerwerbstätigkeit zu steigern, dringend auf ihre Wirkung hin überprüft werden. NRW ist auch Schlusslicht bei Frauen mit Vollzeitjobs. Nur 28 % der Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren sind in Vollzeit berufstätig. Das zeigt, dass es hier noch sehr viel zu tun gibt.

Meine Damen und Herren, im Teil zur Gesundheit möchte ich der Gesundheitsministerin gratulieren. Sie hat sehr viel angekündigt, nämlich den Krankenhausbedarfsplan. Sie hat über den Fachkräftemangel sehr viel geredet. Sie hat den Ärztemangel thematisiert. Sie hat die Ausbildung in den Pflegeberufen thematisiert. Sie hat es geschafft, die Zahl der Schüler im Bereich der PTA-Ausbildung zu verringern. Ich könnte noch mehr aufzählen. Allerdings waren das nur Ankündigungen, meine Damen und Herren.

Die „Rheinische Post“ titelt „Diagnose Notstand“ und schreibt weiter: Zu viele Kliniken verursachen zu hohe Kosten, während dem Land ein Ärztemangel